



CDU-Fraktion im Ortsrat Ingeln-Oesselse

Anfrage - öffentlich -

Beratungsfolge:

Ortsrat Ingeln-Oesselse

Drucksachen-Nr.: 2025/187

am 26.08.2025

TOP:

Anfrage zur Wirksamkeit und Handhabung der Absperrmaßnahme am Ortseingang Ingeln-Oesselse - Anfrage der CDU-Fraktion im Ortsrat Ingeln-Oesselse

Anfrage:

Die Verwaltung wird gebeten, zur Absperrmaßnahme (Schranke) am nordwestlichen Ortseingang von Ingeln-Oesselse an der Feldmark folgende Informationen darzulegen:

1. Wie viele unbefugte Fahrzeugbewegungen konnten seit Errichtung der Absperrung nachweislich verhindert werden?
2. Wie häufig wird das betroffene Gebiet durch städtische Ordnungskräfte oder andere zuständige Stellen kontrolliert?
3. Wer ist für das Öffnen und Schließen des Pollers zuständig?
4. Prozentuale Angabe: Wie häufig war die Schranke offen bzw. geschlossen seit der Errichtung?
5. Die Schranke muss basierend auf Beschwerden/Erkenntnis errichtet worden sein. Ist das ehemalige Beschwer gelöst?
6. Gibt es eine Kosten-Nutzen-Abwägung im Hinblick auf Errichtung, Betrieb und tatsächliche Wirkung der Absperrung?
7. Wie erfolgt die Kommunikation mit betroffenen Landwirten hinsichtlich der Nutzung oder Beeinträchtigung landwirtschaftlicher Wege?

Begründung:

Am Ortseingang Ingeln-Oesselse, aus Richtung Rethen durch die Feldmark kommend, wurde eine Schranke zur Reduzierung vermeintlicher Fahrzeugbewegungen zwischen Gewerbegebiet und Doppeldorf aufgestellt. Die Maßnahme wurde durch die Stadt Laatzten als Geschäft der laufenden Verwaltung umgesetzt – ohne vorherige Beratung oder Beschlussfassung im zuständigen Ortsrat. Vor Ort zeigt sich, dass der Poller häufig offensteht, lediglich einen von mehreren anderen möglichen Zufahrtswegen abdeckt und die ortsansässige Landwirtschaft in ihrer Arbeit behindert. Die tatsächliche Wirksamkeit und Zielerreichung dieser Maßnahme erscheint daher fraglich, allein das Beschwer kann nicht erkannt werden.

Aus Sicht des Ortsrates ist eine transparente Bewertung der Maßnahme erforderlich, um über deren Fortbestand oder mögliche Anpassung entscheiden

zu können. Eine fundierte Prüfung durch die Verwaltung soll hierzu die Entscheidungsgrundlage liefern.

Gez. Gundhild Fiedler-Dreyer
(Fraktionssprecherin CDU)